

»Zu viel Lärm durch geplanten Kiesabbau«

Anwohner am Gut Deesberg beklagen Verstoß gegen EU-Richtlinie – Petition beim Landtag eingereicht

■ Von Daniel Salimon

Bad Oeynhausen (WB). Neues Kapitel im Streit um den geplanten Kiesabbau am Gut Deesberg: Mit einer Petition hat sich Anwohnersprecher Bernard Kuhn jetzt an den NRW-Landtag gewandt. Seiner Meinung nach werde in Sachen Lärmschutz bei der Planung des Großprojekts gegen EU-Recht verstoßen.

»Im Rahmen der Einwendungen, die durch mehrere Bürger zur Planfeststellung gemacht worden sind, mussten wir erfahren, dass der derzeit massiv vorhandene Umgebungslärm durch den Verkehr auf der A 2 und durch die Bahnlinie keine Berücksichtigung im Planfeststellungsverfahren findet«, sagt Kuhn. Dies bedeute, dass bei einem erstellen Gutachten, das sich mit dem Geräuschpegel auf dem geplanten Abbaugelände beschäftigt, nur der Lärm der Abbaumaschinen und des Lkw-Verkehrs im Zusammenhang mit der angestrebten Kiesförderung berücksichtigt wurde. Der mit dem

Projekt betraute Diplomingenieur Rainer Brokmann hatte auf einer Infoveranstaltung des BUND Minden-Lübbecke vor einigen Monaten daher betont, dass gesetzliche Richtlinien somit eingehalten würden (diese Zeitung berichtete), Formal sei dieses Vorgehen zwar korrekt. »Aber wir haben uns weiter schlau gemacht und sind dann auf die EU-Richtlinie über die Bekämpfung und Bewertung von Umgebungslärm gestoßen«, ergänzt Kuhn. Diese Klammere die

Geräuschklusse von bereits vorhandenem Straßenverkehr nicht aus, so der Bad Oeynhausener. Im Gegenteil würden die EU-Mitgliedsstaaten – und somit auch die deutschen Bundesländer und Kommunen – aufgefordert, vorhandenen Umgebungslärm zu mindern und weiteren, gesundheitsschädlichen Lärm zum Schutze von Bürgern zu vermeiden.

»Somit müsste der vorhandene und massive Verkehrslärm im Planfeststellungsverfahren des Kiesabbaus berücksichtigt werden«, findet der Anwohnersprecher.

Für die A 2 geht Kuhn in dem entsprechenden Bereich in Babenhausen von 36 Millionen Kfz-Bewegungen jährlich aus. Laut Eisenbahnbundesamt sorgen 109 000 Zugverbindungen pro Jahr für zusätzliche Lärmbelastung in der Nähe des Gutes Deesberg. Nach Angaben von Bernhard Kuhn führe ein permanenter Lärmpegel von 50 Dezibel zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Dieser Wert, werde bereits jetzt schon überschritten. Kuhn: »Es gibt Lärmkataster der Bahn und des NRW-Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucher schutz zur A 2, deren ermittelte



Bernhard Kuhn möchte gegen die Lärmbelastung vorgehen.

Werte im betroffenen Wohnbereich bereits heute die vom Umweltamt im Kreis Minden-Lübbecke festgelegten Richtwerte überschreiten.« Zudem habe er eigene Messungen durchgeführt: »Da sind wir auch in der Nacht auf Werte von mehr als 60 Dezibel gekommen!«

Eine Petition mit entsprechendem Inhalt hat Bernhard Kuhn gemeinsam mit seinem Mitstreiter Werner Friedhoff daher jetzt an den Düsseldorf-er Landtag geschickt. »Wir gehen davon aus, dass bei der Feststellung eines Verstoßes gegen EU-Recht, Anweisungen an die Bezirksregierung in Detmold ergehen. Diese müsste den Umgebungslärm dann doch in der Planfeststellung für den Kiesabbau berücksichtigen lassen«, erklärt der Bad Oeynhausener.

Aber auch die Bad Oeynhausener Stadtverwaltung hat Post von den Sprechern der Bürgerbewegung erhalten. »Denn es gibt bei der Stadt ebenfalls nur einen Verfahren und nicht den EU-Richtlinien entsprechenden Lärmaktionsplan, Bahnstrecke und A 2 wer-

den da ausgeklammert«, betont Kuhn. Mit der EU-Richtlinie im Rücken erhofft er sich, auch an dieser Stelle weiterzukommen und Kommune und Bezirksregierung zum Handeln zu bewegen: »Denn bislang wurden Anfragen von Anwohnern in Sachen Lärmschutz an der Autobahn 2 immer abschlägig beschieden.« Beispielsweise könnten in den entsprechenden Bereichen Schutzwände gegen den Autolärm auf der stark befahrenen Trasse installiert werden. Eine entsprechende Anmerkung haben Kuhn und Friedhoff ebenfalls in ihr Schreiben an den NRW-Landtag aufgenommen.

»Es geht uns bei der ganzen Sache einfach darum, dass unsere Lebens- und Wohnqualität durch Kiesabbau und Verkehrslärm eingeschränkt wird«, sagt Kuhn stellvertretend für die Anwohnerschaft an der Wesermündung. Er ergänzt: »Daher versuchen wir zumindest die Auswirkungen des geplanten Abbaus gering zu halten, wenn wir ihn schon nicht verhindern können.«

WB 7.1.15